

Pressemitteilung

Klimakrise gefährdet psychische Gesundheit

BPTK veröffentlicht Standpunkt zu psychischen Folgen der Klimakrise

Berlin, 28. September 2023: Die Klimakrise wirkt sich nicht nur auf die körperliche, sondern auch auf die psychische Gesundheit aus. Studien zeigen, dass Naturkatastrophen, Hitzewellen oder Luftverschmutzung die Psyche belasten und das Risiko für psychische Erkrankungen wie Depressionen, Angststörungen oder Posttraumatische Belastungsstörungen erhöhen. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) hat einen [Standpunkt veröffentlicht](#), der über die Evidenz zu den psychischen Folgen der Klimakrise aufklärt und politischen Handlungsbedarf ableitet.

„Mit den zunehmend spürbaren Folgen der Klimakrise wird auch die psychische Belastung in der Bevölkerung ansteigen“, erklärt Dr. Andrea Benecke, Präsidentin der BPTK. „Zu diesen belastenden Folgen zählen nicht nur vermehrte Naturkatastrophen. Auch indirekte Auswirkungen der Klimakrise, wie verstärkte Migration oder die Verschärfung sozialer Ungleichheit, setzen der Psyche zu. Die beste Prävention ist deshalb eine wirksame Klimapolitik.“

„Die Politik muss auf diese gesundheitlichen Implikationen zeitnah reagieren. Neben dringend erforderlichen Maßnahmen zur Reduktion der Ursachen der Klimakrise ist es auch nötig, dass die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung für die zukünftigen Herausforderungen ausgebaut wird“, sagt Dr. Nikolaus Melcop, Vizepräsident der BPTK.

„Die psychischen Folgen der Klimakrise treffen vulnerable Gruppen, wie Kinder und Jugendliche, sozial Benachteiligte oder Menschen mit psychischen Vorerkrankungen, besonders hart.“, betont Sabine Maur, Vizepräsidentin der BPTK. „Zum Schutz dieser Gruppen müssen spezifische Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickelt und etabliert werden.“

Um die psychische Gesundheit im Kontext der Klimakrise zu erhalten und zu fördern, sieht die BPTK insbesondere in den folgenden Bereichen politischen Handlungsbedarf:

- Folgen der Klimakrise auf die psychische Gesundheit im öffentlichen Diskurs und bei politischen Entscheidungsprozessen unter Einbezug psychotherapeutischer Expertise berücksichtigen,
- psychosoziale und (notfall-)psychotherapeutische Versorgung für zukünftig steigenden Bedarf anpassen,
- Forschung zu klimaassoziiertes psychischer Belastung und Interventionen zu deren Reduktion fördern,
- Entwicklung und Umsetzung von Hitzeschutzplänen unter Berücksichtigung der psychischen Gesundheitsrisiken gesetzlich verankern,
- strukturelle Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zeitnah umsetzen.

Pressekontakt:

Ulrike Florian

Pressesprecherin

Telefon: 030 278 785 - 21

E-Mail: presse@bptk.de